



NIEDERSCHRIFT

über die 29. Sitzung des Hauptausschusses

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 03.05.2022,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 18:49



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Dr. Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Ralf Eggers

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Die LINKE

Daniel Emmerich

Vorsitzender

Thomas Hirsch

ab 17:40 Uhr TOP 2 ö. S.



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

ab 18:31 Uhr Ende öffentlicher Teil

Beigeordnete

Lukas Hartmann

Jochen Silbernagel

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Rechtsamt)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Ricarda Bodenseh

(Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Jan-Niklas Stammler

(Büro für Gremienarbeit)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

FDP

Timo Niederberger



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Neupositionierung der Stadt Landau in der Pfalz zum Geothermiekraftwerk, insbesondere unter dem Aspekt der Lithiumgewinnung aus Thermalwasser
Vorlage: 200/346/2022
3. Festsetzung des Erbbauzinses bei der Neubestellung oder Verlängerung von Erbbaurechten für gemeinnützige Vereine an städtischen Grundstücken sowie Grundstücken der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz
Vorlage: 230/482/2022
4. Hilfsprogramm „Miteinander in Landau“ - Etablierung einer Koordinierungsstelle für die regionale ärztliche Versorgung in Form eines Kooperationsprojektes mit den Landkreisen Germersheim und Südliche Weinstraße
Vorlage: 240/155/2022
5. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)
Vorlage: 240/156/2022
6. Vergabe einer Dienstleistung zur Durchführung der Messung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten innerhalb geschlossener Ortschaften an die Firma Radarrent GmbH nach beschränktem Ausschreibungsverfahren
Vorlage: 320/050/2022
7. Ausbau der Teilhabemöglichkeiten in Landau
Vorlage: 500/066/2022
8. Neubaugebiet „GS 9, Am Kalkgrubenweg in Landau-Godramstein“, Ausbau des nordöstlichen Wirtschaftsweges „Wolfsgrube“, Vergabe von Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/272/2022
9. Vergabeentscheidung Teilprojekt Neuorganisation des Stadtmarketings im Rahmen des vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) geförderten Programms "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" und Sachstandsbericht zum Stadtmarketing
Vorlage: 810/099/2022
10. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern gab es keine Wortmeldungen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Neupositionierung der Stadt Landau in der Pfalz zum Geothermiekraftwerk, insbesondere unter dem Aspekt der Lithiumgewinnung aus Thermalwasser

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 26. April 2022, auf die hingewiesen wird. Der Projektstart des Geothermiekraftwerks sei im Jahr 2004 gewesen, die Inbetriebnahme 2007. Es sei richtig, darüber nach zu denken Positionen neu zu justieren und möglicherweise zu einem Paradigmenwechsel zu kommen.

Herr Messemer erläuterte, dass es mit der Vorlage im wesentlichen darum gehe, wie man künftig das Thema Lithiumgewinnung behandle. Man stehe jetzt an einer Zeitenwende, da die bisherigen Probleme durch die doppelwandige Bohrung der Vergangenheit angehören würden. Zudem habe man jetzt auch die Nahwärmeversorgung im Blick.

Bekanntlich werde Lithium in Südamerika und Afrika mit einem erheblichen ökologischen Fußabdruck gewonnen. Das große Lithiumvorkommen im Oberrheingraben biete enorme Chancen. Lithium sei wichtig für den Transformationsprozess gerade in der Automobilindustrie, die eine Schlüsselindustrie sei. Man schlage deshalb vor, die Position der Stadt hinsichtlich der dritten Bohrung zu verändern und den ganzen Prozess ergebnisoffen zu begleiten. Es gehe ausdrücklich nicht um die Errichtung einer Lithiumanlage.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder hielt es für wichtig, hier eine Neupositionierung zu machen weg von der Stilllegung des Kraftwerkes. Bis 2035 solle es keine Neuzulassung von Verbrennermotoren geben. Im Oberrheingraben habe man die Möglichkeit Lithium einfacher zu gewinnen. Viel wichtiger aber finde sie den Punkt der Wärme Gewinnung.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die Geothermie in Landau im wahrsten Sinne des Wortes eine bewegte Vergangenheit habe. Es sei viel Vertrauen verspielt worden. Die früheren Betreiber hätten der Sache einen Bärendienst erwiesen. Vor diesem Hintergrund sei der Beschluss des Stadtrates entstanden, eine Schließung des Kraftwerks als sicherste Lösung zu erreichen. Hierüber entscheide aber nicht die Stadt, sondern Landesbehörden. Wenn man den Betrieb nicht stoppen könne, sollte man die Chance nutzen, zu gestalten. Es müsse ein absolut sicherer Betrieb und auch die Haftung gewährleistet sein. Wenn dieses Projekt eine Zukunft haben wolle, brauche es Transparenz und Vertrauen. Er bitte noch um Erläuterung, was denn die Vorteile für die Stadt Landau seien.

Ratsmitglied Albrecht unterstrich, dass die SPD die Geothermie nicht ablehne. Die aktuelle Lage mache es drängender denn je, dass man sich von fossilen Brennstoffen unabhängiger mache. Es bleibe aber die Skepsis hinsichtlich des Standortes in Landau. Zudem hätten die bisherigen Betreiber viel Vertrauen verspielt. Die SPD-Stadtratsfraktion werde sich heute enthalten. Indirekt klinge an, dass sich die Stadt die Ansiedlung eines weiteren Geothermiekraftwerkes vorstellen könne. Sei dies so richtig? Zudem stelle sich die Frage, ob die Lithiumgewinnung am bestehenden Standort wirtschaftlich erfolgen könne.

Ratsmitglied Freiermuth merkte an, dass die Geothermie tatsächlich keine rühmliche Vergangenheit in Landau habe. In anderen Städten, wie beispielsweise München, würden solche Anlagen problemlos laufen. Man habe eine schwierige geopolitische Lage mit dem Klimawandel und einem Wandel im Bereich der Mobilität. Die FWG-



Stadtratsfraktion trage diesen Paradigmenwechsel mit. Man müsse es kritisch begleiten, aber eine absolute Sicherheit gebe es nicht. Es wäre aber ein Fehler, hier die Tür zuzuschlagen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass die Lithiumgewinnung nicht ausgereift sei. Man müsse sich fragen, ob Landau hierfür ein Experimentierfeld sein solle. Es entstehe der Eindruck, dass der ganze Hype um die Lithiumgewinnung im Oberrheingraben nur ein Vorwand sei um an üppig gefüllte Fördertöpfe zu kommen. Dies sei ein propagandistischer Feldzug der vulcan Energy. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab. Sie sei entsetzt, dass in Windeseile diese Umpositionierung, die nicht gerechtfertigt sei, vorgenommen werde. Zudem habe sie Zweifel an der Unabhängigkeit des Experten.

Ratsmitglied Emmerich erklärte, dass die LINKE-Stadtratsfraktion der Geothermie positiv gegenüberstehe. Auch die Lithiumgewinnung sei ein wichtiger Schritt, den man begrüße. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Messemer betonte, dass es um eine Richtungsvorlage gehe. Mit der momentanen Position des Stadtrates müsste man als Verwaltung alle Gespräche abblocken. Mit der heutigen Neupositionierung könne man die Entwicklung ergebnisoffen begleiten. Es gehe um die Lösung drängender Zukunftsfragen und Herausforderungen. Vorrangig bei der Geothermienutzung sei natürlich die Wärmeenergiegewinnung. Es sei der Wunsch und das Ziel, gemeinsam mit der Energie Südwest auszuloten, wie die Wärmeversorgung für Landau optimiert werden könne. Über allem stehe der sichere Betrieb der Anlage. Eine Lithiumförderung sei durchaus ein wichtiger Aspekt. Die Automobilindustrie sei zentraler Zweig der Wirtschaft in der Südpfalz. Insofern sei dies bedeutend für den Standort Landau. Die Frage nach einem weiteren Kraftwerk sei derzeit nicht beantwortbar. Zunächst gehe es um eine Positionierung und dann erst um eine gutachterliche Begleitung.

Beigeordneter Hartmann ergänzte, dass der Gutachter auch deshalb noch nicht eingeschaltet sei, da man diese Begleitung für die dritte Bohrung beschlossen habe. Mit Lithiumgewinnung habe der Gutachter auch nichts zu tun. Für das Umweltamt sei die Wärmeenergiegewinnung entscheidend. Wenn man sich dafür entscheide, könnte man 35 % der Landauer Haushalte versorgen. Im Vergleich dazu, wie in Südamerika Lithium gewonnen werde, dann sei es erheblich besser, es bei uns zu fördern.

Ratsmitglied Dr. Blinn wollte wissen, ob der Anstoß für diese Vorlage aus der Verwaltung oder aus dem Unternehmen gekommen sei.

Herr Messemer erläuterte, dass die Aussage zur Nichtrentabilität der Lithiumförderung von der Firma geoX kam und nicht von vulcan. Vulcan habe den Fokus auf dem Thema Lithium. Die Neupositionierung sei von der Verwaltung nach dem Gespräch mit der Firma Vulcan angestoßen worden.

Ratsmitglied Dr. Migl bat darum, auch nochmals beim Bergamt zur Thematik Lithiumgewinnung anzufragen.

Oberbürgermeister Hirsch übernahm die Sitzungsleitung.

Der Vorsitzende betonte, dass man in der Verwaltung Anfragen von Betreibern und Investoren zum Thema Lithiumgewinnung habe. Er müsse daher vom Rat wissen, ob



man dies unterstütze oder nicht. Man habe Anfrage von Firmen und mit denen müsse man sich beschäftigen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass man heute die Vorlage nur einbringe, es aber keine Abstimmung geben solle.

Der Hauptausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Festsetzung des Erbbauzinses bei der Neubestellung oder Verlängerung von Erbbaurechten für gemeinnützige Vereine an städtischen Grundstücken sowie Grundstücken der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 13. April 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

- a) dass bei der Neubestellung von Erbbaurechen bzw. der Verlängerung bestehender Erbbaurechte für gemeinnützige Vereine ein Erbbauzins in Höhe von 100,00 €/Jahr je angefangene 1.000 qm vereinbart wird.
- b) Die Regelung gilt für alle Verlängerungen sowie Neubestellungen von Erbbaurechten, für die ab dem Tag der Beschlussfassung neue Verhandlungen aufgenommen werden.
- c) Gleichlautender Beschluss gilt für die Grundstücke der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Hilfsprogramm „Miteinander in Landau“ - Etablierung einer Koordinierungsstelle für die regionale ärztliche Versorgung in Form eines Kooperationsprojektes mit den Landkreisen Germersheim und Südliche Weinstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 28. März 2022, auf die hingewiesen wird. Das Thema ärztliche Versorgung werde zunehmend schwieriger. Man habe jetzt die Möglichkeit, sich an einem Kooperationsprojekt der beiden Landkreise zu beteiligen. Für die Bevölkerung sei dieses Thema von großer Wichtigkeit.

Ratsmitglied Saßnowski war der Meinung, dass dieser Versorgungsengpass schon da sei. Die Frage sei, ob es für Landau überhaupt freie Kassensitze gebe. Gerade für die psychotherapeutische Versorgung gebe es gar nicht genug Kassensitze. Daher die Frage, ob dies auch Teil des Konzeptes sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Problematik sei, dass Kassensitze noch besetzt seien, aber ein Wechsel angestrebt werde. Die Frage der psychotherapeutischen Versorgung könne man sicher noch ins Programm einspeisen. In diesem Bereich gebe es eine Unterversorgung.

Ratsmitglied Bakhtari erklärte, dass in den Landkreisen Germersheim und Südliche Weinstraße bereits jetzt ein Allgemeinärztemangel bestehe. Dieses Hilfsprogramm könne hier sicherlich Hilfestellung geben. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schwarzmüller teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage im Prinzip zustimme. Es sei die Frage, ob auch der Bereich der Pflege in dieses Programm mit aufgenommen werden könne. Sie sehe auch die Frage, ob man nicht in Konkurrenz zu anderen Kommunen trete. Vielleicht müsse man an ganz anderen Stellschrauben drehen und den Ärzteberuf insgesamt attraktiver machen.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion der Vorlage zu. Es mache in jedem Fall Sinn.

Ratsmitglied Dr. Migl fand den Ansatz der interkommunalen Zusammenarbeit sehr gut. Hauptproblem sei nämlich auch die Überalterung der Ärzte. Schon jetzt sei hier ein Bedarf vorhanden. Insofern sei dieser Vorstoß gemeinsam mit Germersheim und der Südlichen Weinstraße sehr sinnvoll.

Ratsmitglied Emmerich war der Meinung, dass man mit Kooperationen im Kleinen anfangen müsse. So könne man vielleicht auch Druck nach oben machen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt der Teilnahme an dem Kooperationsprojekt zur Etablierung einer Koordinierungsstelle für die regionale ärztliche Versorgung zu.
2. Der Stadtrat beschließt unter dem Vorbehalt der Förderung die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 12.000 Euro aus dem Hilfsprogramm



„Miteinander in Landau“. Die finanzielle Unterstützung – beginnend ab dem Haushaltsjahr 2023 – ist auf zwei Jahre befristet und gedeckelt.

3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der haushaltstechnischen und weiteren allgemeinen Umsetzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 19. April 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Vergabe einer Dienstleistung zur Durchführung der Messung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten innerhalb geschlossener Ortschaften an die Firma Radarrent GmbH nach beschränktem Ausschreibungsverfahren

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 20. April 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Hartmann erläuterte die Vorlage. Mit diesem Auftrag habe man die Möglichkeit, unterschiedliche Geräte einzusetzen. Folglich werde dann auch das Personal an unterschiedlichen Geräten ausgebildet. Der Auftrag hier umfasse 120 Einsatztage à 8 Stunden. Man habe bereits unterschiedliche Bereiche in der Stadt erkundet, werde nun aber auch bei den Ortsbeiräten nachfragen, welche Standorte dort bevorzugt würden.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder zeigte sich erfreut, dass die kommunale Verkehrsüberwachung auf den Weg gebracht werde. Dies sei auch ein weiterer Schritt, um Tempo 30-Kommune zu werden. Man müsse nun die Kapazitäten schaffen, um dies auch zu überwachen. Durch das Blitzen generiere man auch Einnahmen, so dass es sich letztlich auch rechnen werde.

Ratsmitglied Eggers unterstrich, dass dies ein neues Feld für die Stadt Landau sei. Man sehe diese Testphase sehr positiv, da es ein überschaubarer Betrag sei und man daraus auch lernen könne. Eine Verkehrsüberwachung sei immer eine präventive Maßnahme, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte diese Vorlage. Es gehe nicht darum, Geld zu generieren, aber letztlich müsse es weh tun. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die Vorlage helfe, dies endlich umzusetzen.

Ratsmitglied Emmerich begrüßte für die LINKE-Stadtratsfraktion die Vorlage. Gerade in der Innenstadt würden viele noch sehr gerne rasen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

der Vergabe der Dienstleistung zur Durchführung der innerörtlichen Geschwindigkeitsüberwachung an die Firma Radarrent mit einem Gesamtauftragsvolumen in Höhe von 74.470,20 Euro brutto zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Ausbau der Teilhabemöglichkeiten in Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Sozialamtes vom 23. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dass die GRÜNE-Stadtratsfraktion mit dieser Vorgehensweise mitgehen könnten. Erschreckend sei, dass die vorhandenen Möglichkeiten nur von 3,4 % der Menschen genutzt werden könnten. Dies müsse einfacher gestaltet werden. Informationen müssten dringend auch an die Schulen, Kitas und Beratungsstellen.

Ratsmitglied Eggers schloss sich den Argumenten der Verwaltung an. Es sei eine sehr emotionale Diskussion gewesen. Die CDU habe schon bei der Diskussion im Jahr 2021 auf die Informationslücken hingewiesen. Der springende Punkt sei aber, dass man von der ADD angemahnt sei, bei den freiwilligen Leistungen 1 Million Euro zu reduzieren. Es sei aber sehr wichtig, die Kommunikation sehr schnell zu verbessern.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Auffassung, dass oftmals die Anträge zurückschrecken würden, da diese zu schwierig seien. Daher dieser Familienpass, da dieser niederschwellig sei. Die SPD stehe weiter zu dem Antrag auf einen LandauPass, da dort die Bedürftigkeit das Kriterium sein müsste. Dies sehe man bei den bisherigen Vorschlägen nicht.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies im Moment die Beschlusslage sei. Alles andere sei ein Vorschlag des Jugendamtes, der noch gar nicht gegengeprüft sei.

Ratsmitglied Freiermuth hatte größte Zweifel, dass die Zahl von 3,4 % an Nutzern merklich gesteigert werden könne.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die Vorlage deutlich zeige welche Schieflage man nach wie vor habe. Man müsse den Kreis der Berechtigten ausweiten, was ja in dem Antrag zum LandauPass vorgesehen werde. Insbesondere den Bereich des ÖPNV müsse man wegen der älteren Menschen im Blick haben. Insgesamt dauere ihr dies alles zu lange, bis man etwas umsetze. Dieses abgespeckte Programm bedeute zumindest eine Verbesserung. Es gebe dieses Defizit der Kommunikation und der Hilfeleistungen. Um dies zu verbessern müsse man personelle Ressourcen bereitstellen. Daher müsse die Frage der Beratungskapazitäten nochmals auf den Tisch.

Ratsmitglied Emmerich dankte für die sehr informative Vorlage der Verwaltung.

Der Hauptausschuss nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

**Neubaugebiet „GS 9, Am Kalkgrubenweg in Landau-Godramstein“,
Ausbau des nordöstlichen Wirtschaftsweges „Wolfsgrube“,
Vergabe von Tief- und Straßenbauarbeiten**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. April 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tief- und Straßenbauarbeiten zum Ausbau des nordöstlichen Wirtschaftsweges „Wolfsgrube“ im Neubaugebiet „GS 9, Am Kalkgrubenweg“ in Landau-Godramstein ist der Firma Gerst & Juchem Asphaltbau GmbH & Co.KG, Edenkoben, zu dem Preis ihres Angebotes vom 25.03.2022 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 88.884,29 Euro zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Vergabeentscheidung Teilprojekt Neuorganisation des Stadtmarketings im Rahmen des vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) geförderten Programms "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" und Sachstandsbericht zum Stadtmarketing

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 25. April 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Wichtig sei, dass alle nun den gleichen Informationsstand hätten. Man müsse einiges jetzt in der Nach-Corona-Zeit wiederaufbauen. Zudem habe der AKU sein Engagement eingestellt. Jetzt habe man die Chance und ein Budget, um das Innenstadtmarketing neu aufzubauen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

Der Hauptausschuss ist mit der dargelegten Vergabeentscheidung einverstanden und nimmt die Information zum Sachstand Stadtmarketing zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Dr. Migl regte an, eine Notfallnummer am Wochenende und an Feiertagen für ankommende Flüchtlinge einzurichten.

Der Vorsitzende stellte klar, dass Geflüchtete sich bei den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes melden sollen.



Die Niederschrift über die 29. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 03.05.2022 umfasst 15 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 115 .

Vorsitzender

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Jochen Silbernagel
Beigeordneter